



Protokoll

Datum: 26. Juli 2017
Für: Mitglieder der Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 2. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 21. Juni 2017

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption Schweiz, Betroffene
	Christian Raetz	Leiter Bureau cantonal de médiation VD
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz/ Stv. Leiterin Fachbereich FSZM
Protokoll:	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 1. Begrüssung und Mitteilungen

3 **Der Präsident** begrüsst die Anwesenden zur 2. Sitzung und ist erfreut, dass alle Mitglieder
4 der Cocosol an der Sitzung teilnehmen können. Er fragt nach, ob die versendeten Sitzungs-
5 unterlagen bei allen Mitgliedern der Cocosol eingetroffen seien, was diese bestätigen.
6 Weiter berichtet er kurz über die Sitzung des 14. Runden Tisches vom 13. Juni 2017, bei
7 welchem die wissenschaftliche Aufarbeitung ein wichtiges Thema gewesen ist. Es habe eine
8 ausführliche Vorstellung des NFP 76 stattgefunden. Zudem habe die UEK über den Stand
9 ihrer Arbeiten berichtet. Die konkreten Inhalte könnten später dem Protokoll des Runden
10 Tisches entnommen werden, das nach der Konsolidierung und Übersetzung auf der Home-
11 page des Delegierten aufgeschaltet werde; die Ausführungen zur wissenschaftlichen Aufar-
12 beitung seien besonders ausführlich protokolliert worden.

13
14 **Der Präsident** weist in diesem Zusammenhang auf eine Veranstaltung des NFP 76 hin, wel-
15 che voraussichtlich am Nachmittag des 9. August 2017 in Bern stattfinden soll. Vorgesehen
16 sei, dass sich an diesem Anlass Opfer und Betroffene zur Übersicht über die eingegangenen
17 Projekt- Skizzen äussern können. Dies sei eine wichtige Form des Einbezugs. Soweit mög-
18 lich, solle den Anliegen der Betroffenen Rechnung getragen werden. Dieser Termin sei je-
19 doch noch nicht definitiv.

20 Weitere Themen am Runden Tisch seien die Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag gewe-
21 sen, sowie die weiteren Massnahmen, etwa die Mahnmale (Zeichen der Erinnerung).

22
23 **Der Präsident** berichtet weiter darüber, dass auf der Ebene verschiedener SODK-
24 Regionalkonferenzen Diskussionen stattfinden würden, ob bzw. ggf. in welchem Ausmass
25 die Kantone freiwillige Zuwendungen zur Finanzierung des Solidaritätsbeitrags leisten könn-
26 ten. Gegenwärtig sei der Meinungsbildungsprozess im Gang. Er habe bei seinen Gesprä-
27 chen vor allem auf den Aspekt hingewiesen, dass möglichst alle Kantone einen Beitrag leis-
28 teten, denn eine breite Abstützung sei wichtig, um ein starkes Zeichen staatlicher Solidarität
29 zu setzen. Obwohl der Bundesrat in seiner Botschaft die Erwartung formuliert habe, dass die
30 Kantone etwa einen Drittel des Gesamtbetrags von 300 Mio Fr. finanzieren sollten, sei die
31 absolute Höhe der geleisteten Beiträge letztlich nicht ausschlaggebend. Es zähle vielmehr
32 auf eine breit abgestützte staatliche Geste. Er weist im Übrigen auch darauf hin, dass der
33 Gesamtbetrag nicht abhängig von der Höhe der Zuwendungen aus den Kantonen sei. Dieser
34 Gesamtbetrag sei vielmehr durch den Bund garantiert.

35
36 **Der Präsident** berichtet auch vom geplanten Medienanlass am 6. Juli 2017, anlässlich des-
37 sen vorgesehen sei, dass er mit Regierungsrat Peter Gomm auftreten werde. Hauptziel sei,
38 möglichst viele Betroffene und Opfer zu erreichen und sie aufzurufen, Gesuche einzu-
39 reichen. Bisher seien etwas weniger Gesuche als erwartet im BJ eingetroffen, umso mehr sei
40 es sehr wichtig, alles zu unternehmen, damit möglichst viele Betroffene angesprochen und
41 über die Möglichkeit einer Gesuchseinreichung informiert werden könnten.

42 Zudem seien zu diesem Zweck in den Monaten August und September 2017 diverse weitere
43 Schritte geplant. Es sollen gezielt Publikationen in verschiedenen Zeitungen und Zeitschrif-
44 ten veröffentlicht werden, wie etwa in der Coop- oder Migros-Zeitung oder vielleicht der
45 Schweizer Illustrierten. Auch seien Briefe bzw. Aufrufe, namentlich an alle Alters- und Pflē-
46 geheime in Zusammenarbeit mit Curaviva geplant. Es sei auch bei der KOKES ein mögli-
47 ches Thema, die Berufsbeistände und die KESB zu sensibilisieren, damit Klientinnen und
48 Klienten, welche die Voraussetzungen erfüllen, Gesuche einreichen.

49 Die Monate August und September würden als gute Termine für eine solche Informations-
50 und Sensibilisierungskampagne erachtet. Es sei dann bald Halbzeit bei der Gesuchseinrei-

1 chefrist und so bleibe dann immer noch genügend Zeit, um bis deren Ende am 31. März
2 2018 noch ein Gesuch einzureichen.

3 **2. Stand der Gesuchseinreichung / Liste der vorgeprüften Gesuche / Entwürfe der**
4 **Verfügung (positive und negative) sowie der Vorinformation betreffend erfolgter**
5 **Gesuchsbehandlung**

6 **Der Präsident** teilt mit, dass das BJ bisher rund 2500 Gesuche erhalten habe und er bedau-
7 ert, dass bisher 11 gesuchstellende Personen nach der Gesuchseinreichung verstorben
8 sind. Es sei ihm ein Anliegen, dass alle Mitglieder der Cocosol die Gelegenheit nutzten, Be-
9 troffene, welche ihrer Ansicht nach die Kriterien erfüllen, zur Einreichung eines Gesuches zu
10 motivieren. Negative Medienberichte würden Betroffene oft davon abhalten, ein Gesuch zu
11 stellen. Er interveniere auf solche Berichterstattungen jeweils.

12
13 **Urs Allemann** erwähnt, dass das Stellen eines Gesuchs und die damit verbundene Akten-
14 suche für Betroffene fast mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden seien, deshalb
15 benötige man hier professionelle Hilfe. Das Problem läge dabei weniger am Gesuchsformul-
16 lar als solches, sondern an der Aktenbeschaffung.

17
18 **Barbara Studer** bestätigt, dass die Arbeit der Aktenbeschaffung tatsächlich schwierig und
19 manchmal auch sehr komplex sei. Sie weist darauf hin, dass es deshalb auch nie die Mei-
20 nung gewesen sei, dass die Betroffenen dies selber tun müssten. Vielmehr sei ganz klar
21 kommuniziert worden, dass diese Aufgabe Sache der Staatsarchive sei. Von Seite der ADK
22 sei man sehr daran interessiert, dass die Arbeit der Archive reibungslos verlaufe.

23
24 **Maria- Luisa Zürcher** berichtet aus einer Sitzung vom Vortag, welche mit Jeni-
25 schen/Fahrenden Organisationen sowie mit Regierungsrat Neuhaus stattgefunden habe.
26 Hier bedürfe es noch viel Aufklärungsarbeit.

27
28 **Lisa Hilafu** berichtet, dass die Sachlage bei den Zwangs-Adoptierten etwas anders sei, weil
29 bei diesen entweder keine oder kaum mehr Akten aufzufinden seien. Die Zivilstandsämter
30 seien hier nicht sehr kooperativ und würden teilweise für bestimmte Auskünfte oder Auszüge
31 eine Gebühr von Fr. 30.- bis Fr. 80.- verlangen.

32
33 **Barbara Studer** bittet darum, dass auch Zwangs-Adoptierte ihre Aktensuche jeweils über die
34 Staatsarchive laufen liessen. Angehörige von Adoptierten zu finden sei in der Schweiz sehr
35 schwierig; im Ausland sei dies viel einfacher.

36
37 **Der Präsident** möchte veranlassen, dass das BJ als Aufsichtsbehörde über das Zivilstands-
38 wesen eine Weisung erlässt, wonach die Zivilstandsämter keine Gebühren erheben, falls
39 Betroffene und Opfer von FSZM Akteneinsicht verlangten. Er werde dies BJ-intern noch mit
40 den zuständigen Personen anschauen und prüfen.

41
42 **Lisa Hilafu** erwähnt, dass Zwangsadoptierte ohne Akten eine schlechte Beweislage bei der
43 Gesuchseinreichung hätten.

44
45 **Der Präsident** macht auf den Gesetzestext aufmerksam, der klarstelle, dass die Opfereigen-
46 schaft nicht bewiesen, sondern glaubhaft gemacht werden müsse. Das bedeute, dass die
47 zuständige Behörde von der Opfereigenschaft der gesuchstellenden Person nicht unbedingt
48 vollständig überzeugt sein müsse; es genüge, wenn sie die Opfereigenschaft nach der Prü-
49 fung aller im Gesuchsverfahren eingebrachten Elemente als wahrscheinlich erachtet. Das
50 bedeutet auch, dass bei der Glaubhaftmachung nicht allzu strenge Prüfungsmassstäbe an-
51 gelegt werden sollen. Zudem sei es auch nicht notwendig, dem BJ ganze "Aktenberge" ein-

1 zusenden, falls solche vorhanden seien. Es genügte auch wenige Akten, wenn daraus her-
2 vorgehe, wann und wo eine Massnahme angeordnet oder vollzogen worden sei. Und sollten
3 in einem Fall ausnahmsweise einmal gar keine Akten mehr existieren, könne die Glaubhaft-
4 machung auch mit anderen Mitteln erreicht werden, etwa mit nachprüfbar mündlichen
5 Aussagen.

6
7 **Elsbeth Aeschlimann** fügt an, die Anlaufstellen würden ein sehr gutes Angebot bereitstel-
8 len; die Sozialarbeitenden würden bei den Erstgesprächen bereits Notizen machen und Ver-
9 trauen aufbauen für weitere Gespräche. Die Anlaufstellen würden auch sehr behutsam und
10 umsichtig vorgehen, wenn dann einmal die Akten eingetroffen seien und gemeinsam mit den
11 Betroffenen gesichtet werden könnten. Es gäbe aber auch Betroffene, welche ihre Akten gar
12 nicht erst sichten möchten und im Hinblick auf die Gesuchseinreichung das Treffen einer
13 Aktenauswahl der Anlaufstelle überlassen würden.

14
15 **Der Präsident** schätzt die gute Arbeit der Anlaufstellen sehr und er möchte auch an der
16 kommenden Medienkonferenz darauf hinweisen, dass sich die Betroffenen nach Möglichkeit
17 von den Anlaufstellen unterstützen lassen sollen.

18
19 **Lisa Hilafu** stellt bei Kontakten mit Betroffenen oft fest, dass diese das Gesuchsformular und
20 die Wegleitung gar nicht erst lesen würden bzw. damit überfordert seien. Sie erachte es des-
21 halb als wichtig, dass in der Wegleitung ganz zu Beginn der Hinweis auf die Anlaufstellen
22 stehen würde.

23
24 **Der Präsident** möchte prüfen, ob ein entsprechender Hinweis auf der Homepage des Fach-
25 bereiches des BJ gemacht werden könnte. Eine nachträgliche Anpassung der Wegleitung
26 sei nicht möglich.

27
28 **Christian Raetz** erwähnt, dass im Kanton VD die Zusammenarbeit mit den Anlaufstellen
29 sehr gut funktioniere.

30
31 **Der Präsident** berichtet, dass im Rahmen der Gesuchsbearbeitung vorgesehen sei, mit je-
32 der einzelnen gesuchstellenden Person nach Möglichkeit zumindest einmal telefonischen
33 Kontakt aufzunehmen. Damit solle ein persönlicher Kontakt mit der gesuchstellenden Person
34 hergestellt werden, so dass nicht der Eindruck entstehe, eine gesichtslose Behörde wickle
35 das Gesuch im schriftlichen Verfahren ab. Auch könnten so vielleicht noch weitere Informati-
36 onen in Erfahrung gebracht werden, die sonst unbekannt bleiben würden, so z.B. wenn sich
37 seit der Gesuchseinreichung etwa der Gesundheitszustand der gesuchstellenden Person
38 verschlechtert hat und diese so ev. Anspruch auf eine prioritäre Behandlung erhalte.

39
40 **Guido Fluri** zeigt sich sehr erstaunt über die verhältnismässig geringe Anzahl der bisher
41 eingereichten Gesuche. Es überfordere viele Betroffenen innerlich, sich an eine Anlaufstelle
42 zu wenden und manch einer von ihnen würde sich auch nicht als betroffene Person outen
43 wollen. Viele Betroffenen empfänden auch das System zu kompliziert. Sie hätten oft das Ge-
44 fühl, sich rechtfertigen zu müssen, das gelte gerade für die Gesuchseinreichung. Diese Din-
45 ge seien für Betroffene sehr schwierig.

46
47 **Elsbeth Aeschlimann** möchte, dass man bei den Anlaufstellen abkläre, ob deren Mitarbei-
48 tende vermehrt auch externe Termine wahrnehmen könnten, z.B. ob sie auch Besuche in
49 Altersheimen oder in anderen Räumlichkeiten ausserhalb der Anlaufstellen machen würden,
50 um Betroffenen, die nicht oder kaum mehr mobil seien, entgegenzukommen.

51

1 **Der Präsident** informiert, dass beabsichtigt sei, nach der Sommerpause an alle Alters- und
2 Pflegeheime ein Schreiben zu senden, in welchem diese dafür sensibilisiert würden, dass
3 unter ihren Bewohnern auch solche mit einem FSZM-Hintergrund sein könnten. Diese sollten
4 darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag ein-
5 reichen könnten, und dass die kantonalen Anlaufstellen und die Staatsarchive den Bewoh-
6 nern hierfür ihre Unterstützung anbieten.

7
8 **Guido Fluri** informiert über die von seiner Stiftung initiierte Anlaufstelle Kindes- und Erwach-
9 senenschutz (KESCHA; <http://kescha.ch/>). Es müsse zwingend eine Information bzw. eine
10 Weisung der KOKES an die Beistände und die kantonalen KESB gemacht werden, wonach
11 der Solidaritätsbeitrag nicht für die Deckung der üblichen Ausgaben verwendet werden dürf-
12 te, sondern aufgrund des höchstpersönlichen Charakters des Solidaritätsbeitrags einzig den
13 Opfer zugutekommen solle. Der Solidaritätsbeitrag stelle in diesem Sinne ein „Plus“, einen
14 Zusatzbetrag dar, der den Opfern zur individuellen Verwendung nach ihren Bedürfnissen zur
15 Verfügung stehe.

16
17 **Der Präsident** berichtet überdies kurz über die Akten der sog. „Tibet- Kinder“, einer privaten
18 Initiative, in deren Rahmen in den 60er-Jahren ca. 200 tibetische Pflegekinder in die Schweiz
19 geholt wurden. Diese Akten befänden sich gegenwärtig in einem privaten Archiv einer Fami-
20 lie in der Westschweiz. Er habe kurz nach Inkrafttreten des AFZFG mit dieser Familie Kon-
21 takt aufgenommen und darauf aufmerksam gemacht, dass diese Akten aufgrund der neuen
22 Rechtslage nicht vernichtet werden dürften. Auch sei mit dem Bundesarchiv Kontakt aufge-
23 nommen worden, das sich bereit erklärt habe, den Aktenbestand des Privatarchivs zu über-
24 nehmen. Das BJ sei gegenwärtig in den Verhandlungen mit der Familie. Er sei zuversicht-
25 lich, dass eine Überführung der Akten ins Bundesarchiv demnächst möglich sei.

26
27 **Reto Brand** erläutert die Liste der bearbeiteten Gesuche, welche die Cocosol mit dem Ver-
28 sand der Sitzungsunterlagen erhalten habe. Die gelisteten Dossiers entstammten einer ers-
29 ten Auswahl, bei der auf eine möglichst grosse Vielfalt, z.B. in Bezug auf die Opferkategorien
30 oder die Prioritäten, geachtet worden sei. Es sei bei der Behandlung dieser Gesuche vor
31 allem darum gegangen, möglichst viele praktische Erkenntnisse im Hinblick auf eine optima-
32 le Gesuchsbearbeitung zu gewinnen. Deshalb seien unter diesen ersten Gesuchen nicht nur
33 solche, welche oberste Priorität hätten. Dies werde nun aber ändern; in den nächsten Mona-
34 ten werde der Fachbereich bzw. die Cocosol ausschliesslich nur solche Gesuche, die obers-
35 te Priorität hätten, prüfen. Neu eintreffende Gesuche würden für den Fall, dass sie ebenfalls
36 oberste Priorität hätten, laufend neu in den Abarbeitungsprozess einsortiert. Dies treffe ins-
37 besondere bei gesuchstellenden Personen zu, die sehr schwer erkrankt seien, etwa weil bei
38 Ihnen Krebs im fortgeschrittenen Stadium diagnostiziert sei und diesen nur noch geringe
39 Lebenszeit verbleibt und/oder wenn sie wirklich hochbetagt seien.

40
41 **Der Präsident** stellt als nächsten Traktandenpunkt die Entwürfe der beiden Verfügungen
42 und den sog. Vorbescheid zur Diskussion und erteilt Iris Widmer vom Fachbereich FSZM
43 das Wort, um die Entwürfe und deren Ausgestaltung zu erläutern.
44 Zusammenfassend ist sich die Cocosol hinsichtlich der *positiven Verfügung* einig, dass der
45 vorliegende Entwurf noch zu juristisch und für Laien schwer verständlich formuliert sei. Die
46 meisten Gesuchstellenden seien mit diesen Formulierungen überfordert. Zudem könne es für
47 sie zu belastend sein, einen von einer Behörde verfassten Sachverhalt und eine rechtliche
48 Würdigung zu lesen, worin ihre früheren Erlebnisse und ihre Opfereigenschaft zusammen-
49 fassend dargelegt werden. Es sei auch möglich, dass einige Gesuchstellende wichtige da-
50 malige Vorkommnisse gar nie im Gesuch geschildert hätten, weil sie diese aus verschiede-
51 nen Gründen nicht preisgeben wollen. Die schriftliche behördliche Sachverhaltsfeststellung
52 würde dann naturgemäss unvollständig sein und vielleicht sogar das Wichtigste gar nicht

1 enthalten, was für das Opfer nicht zufriedenstellend sei. Dem Dokument würde dann immer
2 diesen Makel anhaften.

3
4 Die Cocosol empfiehlt deshalb, vom Erlass einer eigentlichen Verfügung mit all ihren forma-
5 len und inhaltlichen Elementen, insbesondere einer Sachverhaltsfeststellung und einer recht-
6 lichen Würdigung abzusehen. Auch solle darauf geachtet werden, dass keine Gesetzesarti-
7 kel zitiert und auch möglichst keine juristischen Fachausdrücke verwendet würden. Über-
8 haupt sei alles wegzulassen, was die gesuchstellenden Personen daran erinnern könnte,
9 dass eine Behörde mit einem für sie im üblichen Amtsdeutsch verfassten und daher für sie
10 kaum verständlichen Papier über sie verfüge.

11
12 Stattdessen machen die Mitglieder der Cocosol beliebt, dass die im Gesuchsverfahren als
13 Opfer anerkannten gesuchstellenden Personen lediglich ein kurzes Schreiben erhielten, das
14 nur im Titel die Bezeichnung „Verfügung“ enthalte. Zudem solle auch im Titel direkt ersicht-
15 lich sein, ob das Gesuch gutgeheissen werde, d.h. es solle auch den Begriff „Gutheissung“
16 dort aufgeführt sein.

17 Ansonsten solle das in möglichst einfacher, verständlicher Sprache verfasste Schreiben in-
18 haltlich nichts weiter enthalten als die Anerkennung des erlittenen Leides und Unrechts, die
19 Feststellung, wonach die gesuchstellende Person als Opfer im Sinne des AFZFG gelte sowie
20 Angaben zur Höhe des Solidaritätsbeitrages und die Modalitäten der Auszahlung. Zusätzlich
21 solle diesem Schreiben ein Beiblatt beigelegt werden, welches wichtige Informationen in Be-
22 zug auf die steuer-, schuldbetreibungs- und sozialhilferechtliche Behandlung der Solidari-
23 tätsbeiträge enthält.

24
25 **Bei der negativen Verfügung** empfiehlt die Cocosol, auch dieses kürzer zu halten. Bei die-
26 ser Verfügung sei es allen klar, dass diese eine ausreichende Begründung enthalten müsse,
27 wieso die Opfereigenschaft nicht gegeben sei bzw. glaubhaft gemacht werden konnte.
28 Gleich wie bei der positiven Verfügung, solle bereits im Titel des Entscheides gut erkennbar
29 sein, dass es sich um eine Verfügung handle und das Gesuch abgelehnt worden sei.

30
31 Die Rechtsmittelbelehrung am Ende des Dokumentes könne zwar belassen werden, doch
32 solle an deren Ende noch ein Schlusssatz angefügt werden, der die Leserin oder den Leser
33 darauf aufmerksam macht, dass weiterführende Informationen zur Einsprache beim Sekreta-
34 riat des Fachbereichs eingeholt werden können, z.B: „wenn Sie Fragen zu den Einsprache-
35 Möglichkeiten haben, nehmen Sie mit uns Kontakt auf.“

36
37 **Die Entwürfe** sollen überarbeitet und an der nächsten Sitzung der Cocosol erneut zur Stel-
38 lungnahme vorgelegt werden.

39
40 Zum Entwurf der sog. **Vorinformation** gibt es kaum Bemerkungen, er findet grundsätzlich
41 bei allen Cocosol- Mitgliedern Zustimmung.

42
43 **Elsbeth Aeschlimann** vergewissert sich noch einmal, ob bei zu wenig substantiellen Gesu-
44 chen die gesuchstellende Person kontaktiert werde, falls die Angaben in den Gesuchen nicht
45 ausreichend seien. Dies wird bestätigt.

46 **3. Homepage FSZM und Website Cocosol**

47 **Reto Brand** stellt die Homepage des Fachbereichs als zuständige Behörde und insbesonde-
48 re die Website der beratenden Kommission kurz vor und erklärt die Inhalte. Von jeder Kom-
49 missionssitzung solle auch eine ganz kurze Zusammenfassung mit drei, vier Zeilen online
50 geschaltet werden.

1 **Lisa Hilafu** macht darauf aufmerksam, dass die aufgeschalteten Adressen der Homepages
2 der Zwangsadoptionen nicht mehr aktuell sind. Sie wird den betreffenden Organisationen
3 mitteilen, dass sie sich mit dem BJ in Verbindung setzen sollen, um die korrekten Angaben
4 bekannt zu geben.

5
6 Die Homepage findet Anklang bei allen. Die Aufteilung der verschiedenen Themen sei über-
7 sichtlich und gut gemacht.

8
9 **Der Präsident** merkt an, dass der Fachbereich nun etwas mehr Kapazität habe, um die
10 Website zu betreuen. Die neue französischsprachige Mitarbeiterin, welche die Homepage
11 seit kurzem betreue, hätte eine spezifische Ausbildung speziell im Bereich Kommunikation.

12
13 Betreffend Protokollierung und Veröffentlichung führt der Präsident aus, dass die Protokolle
14 der Cocosol grundsätzlich einfach gehalten werden sollen. Namentlich sollen keine Wortpro-
15 tokolle, sondern erweiterte Beschlussprotokolle erstellt werden. Dies bedeutet, dass zusätz-
16 lich zu den Beschlüssen auch die wichtigsten Gründe bzw. Diskussionen protokolliert werden
17 sollen, um nachvollziehen zu können, weshalb die Cocosol zu bestimmten wichtigen Ent-
18 scheidungen gelangt sei. Was die Liste mit den bearbeiteten Gesuchen betreffe, sollen aus Da-
19 tenschutzgründen weder Namen noch die F-Nr. im Protokoll genannt werden. Auch sei bei
20 Protokollen darauf zu achten, dass es auch sonst in keinem Fall möglich sei, Rückschlüsse
21 auf die Identität einer bestimmten gesuchstellenden Person zu ziehen.

22
23 Die Protokolle sollen so verfasst werden, dass man sie integral auf der Homepage aufschal-
24 ten könne, ohne bestimmte Passagen mit Personenbezug zu schwärzen oder gar eine zur
25 Veröffentlichung bestimmte zweite, überarbeitete Version zu verfassen.

26 **4. Prioritätenordnung für die Gesuchsbearbeitung**

27 **Claudia Scheidegger** erklärt anhand der ausgeteilten Unterlagen, in welcher Reihenfolge
28 die Gesuche bearbeitet werden. Sie erklärt insbesondere, was die Priorität „Alter“ bedeute.
29 Diese Kategorie umfasse alle gesuchstellenden Personen, die bei Gesuchseinreichung älter
30 als 75 Jahre alt sind. Bis zum heutigen Datum seien dies knapp 900 eingegangene Gesu-
31 che. Um die ältesten Gesuchsteller als Erste in der Reihenfolge zu berücksichtigen, habe
32 man von Seite der Koordination intern eine weitere Priorisierung vornehmen müssen. Dies
33 bedeute konkret, dass Gesuche von Betroffenen, welche Jahrgang bis 1930 hätten, als Erste
34 behandelt werden, danach folgten die Jahrgänge 1931 bis 1935 und darauf Gesuchstellende
35 mit den Jahrgängen 1936 bis 1942. Es sei sehr wichtig, dass diese ältesten Gesuchstellen-
36 den oberste Priorität erhalten. Auch würden Gesuche von Personen jeden Alters, welche
37 nachweislich schwer krank seien und deren verbleibende Lebenszeit absehbar sei, in der
38 höchsten Prioritätsstufe behandelt. Jüngere Gesuchstellende müssten somit etwas länger
39 Geduld haben, bis auch sie an die Reihe kämen. Sie weist auch darauf hin, dass es immer
40 wieder Anfragen von Banken oder privaten Geldgebern gäbe, die eine Bestätigung haben
41 und möglichst auch schon das genaue Datum der Auszahlung einzelner Gesuchsteller wis-
42 sen möchten, um für einen Teil eines möglichen Solidaritätsbeitrages einen Kredit gewähren
43 zu können. Der Fachbereich weist solche Ansinnen konsequent zurück und rät den Betroffe-
44 nen auch davon ab, Kredite aufzunehmen, um rascher an Geld zu kommen.

45
46 **Der Präsident** weist in diesem Zusammenhang auch auf das Gesetz hin, welches vorsieht,
47 dass für die Bearbeitung der Gesuche maximal 4 Jahre Zeit vorgesehen sei. Spätestens
48 dann müsse die Gesuchsbehandlung abgeschlossen und die letzten Auszahlungen erfolgt
49 sein.

1 Er hält fest, dass bei Gesuchen von Personen, die seinerzeit Soforthilfe erhalten hätten,
2 grundsätzlich keine weitere umfassende Prüfung der Opfereigenschaft mehr gemacht wer-
3 den müsse. D.h. eine einfache, summarische Prüfung genüge in diesen Fällen. Hier sei
4 grundsätzlich von einer Vermutung der Opfereigenschaft auszugehen, die allerdings nicht
5 unumstösslich sei. Das bedeute, dass das BJ von dieser Vermutung abweichen könne, wenn
6 es Gründe habe, anzunehmen, dass die Opfereigenschaft aus irgendeinem Grund doch
7 nicht gegeben sei. Das könne etwa dann der Fall sein, wenn sich zwischenzeitlich herausge-
8 stellt habe, dass damals falsche Angaben gemacht worden seien oder wenn nachträglich
9 noch neue Akten aufgetaucht seien, die nahelegen, dass der seinerzeitige Entscheid auf
10 unrichtigen Informationen und Annahmen beruhe.

11 **5. Konkretisierung des im Gesetz definierten Opferbegriffs**

12 **Der Präsident** lässt anschliessend die Opferdefinitionen und die Möglichkeiten der Grenz-
13 ziehungen diskutieren. Diese Diskussionen ergeben, dass es sehr schwierig bis manchmal
14 fast unmöglich ist, allgemeingültige Leitlinien herauszuarbeiten. Im Ergebnis laufe es darauf
15 hinaus, dass auf der Grundlage des Opferbegriffs des AFZFG gestartet und dann jeder ein-
16 zeln Fall individuell mit all seinen Verästelungen angeschaut werden müsse.

17
18 **Laetitia Bernard** plädiert für objektive Kriterien bei der Beurteilung der Opfereigenschaft.
19 Ihrer Ansicht nach seien die Gründe für eine Massnahme nicht so wichtig. Man solle eher der
20 Frage nachgehen, ob die Massnahme korrekt vollzogen worden sei oder nicht.

21
22 **Der Präsident** präzisiert, dass im Wesentlichen auf das psychische Erleben der Ereignisse
23 durch die Opfer abgestellt werden müsse. Er sei der Auffassung, dass man im Zweifelsfall
24 eher etwas grosszügiger bei der Annahme der Opfereigenschaft sein solle.

25 **6. Grundsatzentscheide zu Verfahrensfragen**

26 Bei Fällen, wo dem BJ sämtliche Angaben, Akten, Schilderungen oder Gespräche (vorab in
27 telefonischen Kontakten) verweigert werden, könne das BJ diese Gesuche nicht beurteilen.
28 Das BJ würde in diesen Fällen mehrere Anläufe nehmen, um die betreffenden gesuchstel-
29 lenden Personen zu einer minimalen Kooperation zu bewegen. Doch wenn auch diese An-
30 strengungen des BJ ohne Erfolg bleiben würden, müsse man diese Gesuche negativ beurtei-
31 len, d.h. je nachdem gar nicht darauf eintreten oder diese abweisen.

32
33 **Der Präsident** bringt dazu ein Beispiel einer Betroffenen, die kategorisch ihre Unterschrift
34 verweigere. Es wird diskutiert, ob Gesuche, die nicht unterzeichnet worden seien, dennoch
35 akzeptiert werden könnten. Die Mitglieder der Cocosol sind sich einig, dass ein Gesuch ohne
36 Unterschrift nicht gültig sei und man Wege suchen müsse, damit eine Unterzeichnung doch
37 noch möglich werde.

38 **7. Informationen zu den Selbsthilfeprojekten**

39 **Der Präsident** informiert, dass bisher erst ein Gesuch eingereicht, aber dann wieder zurück-
40 gezogen worden sei. Für ein zweites Projekt existiere zwar ein Entwurf eines Business-
41 Plans; ein eigentliches Gesuch sei aber bisher nicht eingereicht worden.

42
43 **Urs Allemann** weist als Ausgangspunkt seiner Frage auf die spezialisierten Zentren hin, die
44 für Menschen eingerichtet wurden, welche durch Folter, Kriegshandlungen oder andere
45 schwere Beeinträchtigungen und Erlebnisse traumatisiert wurden. Könnte auch ein Zentrum
46 für die Behandlung der Traumata von Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen einge-
47 richtet und als Selbsthilfeprojekt unterstützt werden? **Der Präsident** antwortet, dass dies

1 durchaus vorstellbar sei. Gesetzliche Bedingung dafür sei allerdings, dass das Projekt auf
2 eine Selbsthilfe für die Betroffenen ausgerichtet sein müsste.
3 **Reto Brand** weist in diesem Zusammenhang auch auf die Homepage hin, wo das Wichtigste
4 über die Selbsthilfe- Projekte erklärt sei und von wo auch die wichtigsten Dokumente und
5 Informationen heruntergeladen werden könnten. Der Fachbereich sei bereit für Eingaben zu
6 den Selbsthilfeprojekten. Er unterstütze potentielle Gesuchstellende auch mit Beratung, falls
7 Fragen im Zusammenhang mit der Realisierung von Selbsthilfeprojekten auftauchen sollten.

8 **8. Verschiedenes**

9 Der Präsident berichtet, dass die Aufarbeitung innerhalb der katholischen Landeskirche und
10 die Anhörungen von Betroffenen mittlerweile angelaufen seien.

11

12 Die nächste Sitzung findet am 22. August 2017 von 10-16 Uhr, Sitzungszimmer 326 Ost des
13 BJ statt. Eine Einladung wird folgen.

14

15 Ende der Sitzung: ca. 16.00h



Procès-verbal

Date : 26 juillet 2017
Destinataires : Membres de la Cocosol et autres participants à la séance selon la liste qui suit

Procès-verbal de la 2^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 21 juin 2017

Présidence :	Luzius Mader	Président Office fédéral de la justice / MCFA
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante du point de contact du canton de Zurich
	Urs Allemann	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et vice-présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'Archives suisses (CDA)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Christian Raetz	Chef du Bureau de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Collaborateurs de l'OFJ :	Reto Brand	Office fédéral de la justice / chef de l'unité MCFA
	Iris Widmer	Office fédéral de la justice / suppléante du chef de l'unité MCFA (présente le matin)
Procès-verbal :	Claudia Scheidegger	Office fédéral de la justice

1 Début de la séance : 10h00

2 1. Accueil et informations générales

3 **Le président** souhaite la bienvenue aux participants et se réjouit que la Cocosol soit au
4 complet pour cette 2^e séance. Il leur demande s'ils ont bien reçu les documents qui leur ont
5 été envoyés, chose qu'ils lui confirment.

6 Il évoque brièvement la 14^e séance de la Table Ronde du 13 juin 2017, où l'étude scienti-
7 fique était un sujet important à l'ordre du jour. Le PNR 76 y a été présenté de manière très
8 complète. La CIE a quant à elle rendu compte de l'avancement de ses travaux. Les détails
9 figurent dans le procès-verbal de la séance de la Table ronde, qui sera disponible sur le site
10 du délégué dès qu'il aura été parachevé et traduit ; les explications concernant l'étude scien-
11 tifique y sont particulièrement circonstanciées.

12
13 **Le président** signale à ce propos une manifestation du PNR 76 qui doit avoir lieu l'après-
14 midi du 9 août 2017 à Berne. Il est prévu que des victimes et des personnes concernées
15 puissent s'exprimer à cette occasion sur la vue d'ensemble des esquisses de projet reçues.
16 C'est un bon moyen de les y associer. Leurs préoccupations doivent si possible être consi-
17 dérées. La date n'est toutefois pas encore définitive.
18 Les autres thèmes traités par la Table ronde ont été les demandes de contribution de solida-
19 rité et les autres mesures, comme les symboles commémoratifs.

20
21 **Le président** mentionne également les discussions menées au niveau de différentes confé-
22 rences régionales de la CDAS sur la question de savoir si les cantons peuvent participer
23 volontairement au financement des contributions de solidarité et dans quelles proportions. Le
24 processus de définition des positions est en cours. Le président a surtout signalé, lors de ces
25 discussions, que l'idéal serait que tous les cantons participent, car il est important d'avoir un
26 large soutien pour donner un signal fort de solidarité publique. Même si le Conseil fédéral a
27 indiqué dans son message qu'il escomptait que les cantons financent environ un tiers du
28 montant total de 300 millions de francs, ce n'est pas le chiffre qui est déterminant. Il faut sur-
29 tout que le geste fait par les autorités publiques soit soutenu par le plus grand nombre. Le
30 président signale d'ailleurs que le montant total ne dépend pas de l'ampleur des versements
31 des cantons. Ce montant est garanti par la Confédération.

32
33 **Le président** donne également des informations sur la conférence de presse prévue pour le
34 6 juillet 2017, à laquelle le Conseiller d'Etat Peter Gomm et lui-même assisteront. L'objectif
35 premier est de toucher le plus grand nombre possible de victimes et de personnes concer-
36 nées et de les inciter à déposer une demande. L'OFJ a jusqu'ici reçu moins de demandes
37 qu'escompté. Il est d'autant plus important de tout faire pour qu'un maximum de personnes
38 soient informées de la possibilité qui leur est offerte de déposer une demande.

39 Diverses autres mesures sont prévues à cette fin aux mois d'août et de septembre 2017. Il
40 s'agit notamment de publier des annonces ciblées dans différents journaux et magazines,
41 comme ceux de Coop ou de Migros ou encore l'Illustré. Des lettres ou des appels seront
42 également envoyés à tous les EMS, en collaboration avec Curaviva. La COPMA pourrait
43 également sensibiliser les curateurs professionnels et les APEA pour que leurs clients qui
44 remplissent les conditions déposent une demande.

45 Les mois d'août et de septembre sont considérés comme une bonne période pour une cam-
46 pagne d'information et de sensibilisation. Situés en effet à la mi-temps avant l'échéance du
47 délai de dépôt des demandes, ils laissent suffisamment de temps jusqu'au 31 mars 2018.

1 **2. Etat des demandes reçues / liste des demandes ayant fait l'objet d'un examen pré-**
2 **liminaire / projets de décision (positive et négative) et information préalable con-**
3 **cernant le traitement des demandes**

4 **Le président** communique que l'OFJ a reçu 2500 demandes à ce jour et qu'il regrette que
5 11 personnes soient décédées après avoir déposé leur demande. Il tient beaucoup à ce que
6 tous les membres de la Cocosol cherchent à motiver les personnes qui à leur avis remplis-
7 sent les critères à déposer une demande. Les articles négatifs parus dans les médias frein-
8 ent les personnes concernées. Lui-même intervient toujours en réaction à ces articles.

9
10 **Urs Allemann** explique que le dépôt d'une demande et la recherche de dossiers qu'il im-
11 plique sont sources de difficultés quasi insurmontables, raison pour laquelle il faut une aide
12 professionnelle. Le problème n'est pas de remplir le formulaire, mais de réunir les docu-
13 ments.

14
15 **Barbara Studer** confirme que le travail de recherche de dossiers est bel est difficile et par-
16 fois très complexe. Elle signale que c'est précisément la raison pour laquelle il n'a jamais été
17 question que les personnes concernées doivent s'en occuper elles-mêmes. On a au con-
18 traire communiqué clairement que c'est l'affaire des archives cantonales. La CDA a elle-
19 même tout intérêt à ce que le travail des archives se déroule bien.

20
21 **Maria-Luisa Zürcher** rend compte d'une séance qui a eu lieu la veille avec des organisa-
22 tions de Yéniches et de gens du voyage et avec le Conseiller d'Etat Christoph Neuhaus. Il y
23 a encore beaucoup de travail d'information à faire.

24
25 **Lisa Hilafu** indique que la situation des personnes adoptées de force est quelque peu diffé-
26 rente parce qu'il n'existe pas ou plus de dossiers à leur sujet. Les offices d'état civil ne se
27 montrent pas très coopératifs et certains n'hésitent pas à demander un émolument de 30 à
28 80 francs pour certains renseignements ou extraits.

29
30 **Barbara Studer** demande que les personnes adoptées de force puissent elles aussi faire
31 rechercher leurs dossiers par les archives. En Suisse, il est très difficile de trouver la parenté
32 de personnes adoptées ; à l'étranger, c'est beaucoup plus facile.

33
34 **Le président** compte inciter l'OFJ, en tant qu'autorité de surveillance de l'état civil, à édicter
35 une directive pour que les offices d'état civil ne perçoivent pas d'émolument lorsque les vic-
36 times et personnes concernées par une MCFA demandent à voir leurs dossiers. Il discutera
37 de la question avec les personnes compétentes à l'OFJ.

38
39 **Lisa Hilafu** déclare que la situation des personnes adoptées de force qui n'ont pas de dos-
40 sier n'est pas favorable lors du dépôt d'une demande en raison du manque de preuves.

41
42 **Le président** signale aux participants le texte de la loi, qui prévoit explicitement que les de-
43 mandeurs ne doivent pas prouver, mais rendre vraisemblable qu'ils sont des victimes. Ça
44 signifie que l'autorité compétente n'a pas forcément besoin d'être pleinement convaincue de
45 leur qualité de victime ; il lui suffit de juger vraisemblables tous les éléments qui lui sont pré-
46 sentés lors de l'examen de la demande. Autrement dit, il ne faut pas placer la barre trop haut
47 lors de l'examen de la vraisemblance. Il n'est pas nécessaire non plus d'envoyer une mon-
48 tagne de documents à l'OFJ. Quelques documents suffisent quand ils permettent de voir
49 quand et où une mesure a été ordonnée ou exécutée. Et lorsque, exceptionnellement, il
50 n'existe plus aucun document, le demandeur peut rendre vraisemblable qu'il est une victime
51 par d'autres moyens, par exemple en rapportant des déclarations orales vérifiables.

1
2 **Elsbeth Aeschlimann** ajoute que les points de contact cantonaux offrent de très bons ser-
3 vices ; les travailleurs sociaux prennent des notes dès le premier entretien et instaurent un
4 rapport de confiance en vue des entretiens suivants. Les points de contact agissent aussi
5 avec beaucoup de tact et de précautions lorsque les dossiers arrivent et peuvent être consul-
6 tés avec les personnes concernées. Mais il y a aussi des personnes qui ne veulent même
7 pas voir leur dossier et laissent le point de contact sélectionner seul les documents néces-
8 saires pour le dépôt de la demande.
9
10 **Le président** apprécie beaucoup la qualité du travail des points de contact et il entend si-
11 gnaler, lors de la conférence de presse à venir, que les personnes concernées ne doivent
12 pas hésiter à recourir à leur aide.
13
14 **Lisa Hilafu** constate souvent, dans ses contacts avec les personnes concernées, que celles-
15 ci ne lisent même pas le formulaire de demande et le guide explicatif ou qu'elles se sentent
16 dépassées. C'est pourquoi elle estime important que le guide explicatif renvoie d'emblée aux
17 points de contact.
18
19 **Le président** va voir s'il est possible de faire figurer pareil renvoi sur le site de l'unité MCFA
20 de l'OFJ. Il n'est pas possible de modifier le guide explicatif a posteriori.
21
22 **Christian Raetz** indique que la collaboration avec les points de contact fonctionne très bien
23 dans le canton de VD.
24
25 **Le président** déclare qu'il est prévu que les collaborateurs qui traitent les demandes pren-
26 nent si possible contact par téléphone, au moins une fois, avec chacun des demandeurs.
27 Grâce à quoi un contact personnel est établi et les personnes en question n'ont pas
28 l'impression que la procédure est menée par écrit par une autorité sans visage. C'est aussi
29 un moyen d'obtenir d'autres informations qui auraient été passées sous silence, par ex.
30 quand l'état de santé du demandeur s'est détérioré depuis qu'il a déposé sa demande et qu'il
31 faudrait par conséquent traiter sa demande en priorité.
32
33 **Guido Fluri** se dit très étonné du nombre relativement faible des demandes déjà reçues.
34 Beaucoup de personnes se sentent incapables de s'adresser à un point de contact et cer-
35 taines d'entre elles ne veulent pas que quiconque sache qu'elles sont des victimes ou des
36 personnes concernées. Certains trouvent aussi le système trop compliqué. Ils ont souvent le
37 sentiment de devoir se justifier, notamment pour déposer une demande. Toutes ces choses
38 sont difficiles pour les personnes concernées.
39
40 **Elsbeth Aeschlimann** souhaite qu'on examine avec les points de contact si leurs collabora-
41 teurs ne pourraient pas prendre davantage de rendez-vous à l'extérieur, par ex. dans les
42 EMS ou d'autres locaux situés hors des points de contact, pour aller au-devant des per-
43 sonnes peu ou pas du tout mobiles.
44
45 **Le président** informe les participants qu'il est prévu d'envoyer une lettre aux EMS après la
46 pause estivale pour les sensibiliser au fait que certains de leurs pensionnaires pourraient
47 être des victimes ou personnes concernées par les MCFA. Il faut rendre celles-ci attentives à
48 la possibilité de demander une contribution de solidarité et au fait que les points de contact
49 cantonaux et les archives peuvent leur offrir leur soutien.
50
51 **Guido Fluri** annonce l'existence du centre d'écoute et d'assistance de l'enfant et de l'adulte
52 (KESCHA ; <http://kescha.ch/>) que sa fondation a initié. Il faut impérativement que la COPMA

1 envoie une information ou une directive aux curateurs et aux APEA cantonales pour leur
2 signaler que la contribution de solidarité ne doit pas servir à couvrir leurs dépenses cou-
3 rantes, mais bénéficier uniquement aux victimes en raison de son caractère hautement per-
4 sonnel. La contribution de solidarité est un « plus », un montant complémentaire mis à la
5 disposition des victimes pour leurs besoins individuels.

6
7 **Le président** rend brièvement compte des dossiers des enfants tibétains, une initiative pri-
8 vée au cours de laquelle 200 enfants originaires du Tibet ont été placés en Suisse dans les
9 années 1960. Ces dossiers se trouvent actuellement dans les archives privées d'une famille
10 de Suisse romande. Peu après l'entrée en vigueur de la LMCFA, il a pris contact avec cette
11 famille et lui a signalé que la nouvelle situation juridique interdisait de détruire ces dossiers. Il
12 a également pris contact avec les Archives fédérales qui se sont déclarées prêtes à re-
13 prendre l'ensemble de ces archives privées. L'OFJ est en cours de négociation avec cette
14 famille. Il a bon espoir que les dossiers pourront être transférés prochainement aux Archives
15 fédérales.

16
17 **Reto Brand** fournit des informations sur la liste des demandes que les membres de la Cocosol
18 ont reçue avec les documents de la séance. Les dossiers figurant sur cette liste provien-
19 nent d'une première sélection pour laquelle on a veillé à obtenir le plus de diversité possible
20 en ce qui concerne les catégories de victimes ou les priorités. Il s'est surtout agit, lors du
21 traitement de ces demandes, de réunir le plus d'expériences pratiques possible en vue
22 d'optimiser la procédure. C'est pourquoi on ne trouve pas parmi elles les demandes archi-
23 prioritaires. Mais les choses vont changer ; dans les mois à venir, l'unité MCFA et la Cocosol
24 examineront exclusivement les demandes prioritaires. Les nouvelles demandes seront triées
25 au fur et à mesure pour le cas où l'une ou l'autre serait prioritaire. Tel est le cas des per-
26 sonnes gravement malades, notamment de celles atteintes d'un cancer à un stade avancé
27 leur laissant peu de temps à vivre, et des personnes vraiment très âgées.

28
29 **Le président** propose d'aborder maintenant les deux projets de décision (positive / négative)
30 et l'information préalable. Il donne la parole à Iris Widmer, de l'unité MCFA, pour expliquer
31 les projets et leur conception.

32 En résumé, la Cocosol juge unanimement que le projet de **décision positive** est encore
33 formulé de manière trop juridique et difficilement compréhensible par des profanes. La plu-
34 part des demandeurs sont perdus devant ce type de formulation. Il peut également être pe-
35 sant pour eux de lire un exposé des faits et une appréciation juridique rédigés par une autori-
36 té et résumant leurs expériences passées et leur qualité de victime. Il est possible aussi que
37 certains demandeurs n'aient pas dépeint certains événements passés dans leur demande
38 parce qu'ils ne voulaient pas les révéler, pour une raison ou une autre. L'établissement offi-
39 ciel des faits, par écrit, serait alors incomplet, de par sa nature même, et ne contiendrait
40 peut-être même pas les éléments les plus importants, chose insatisfaisante pour les vic-
41 times. Ce défaut subsisterait éternellement sur le document.

42
43 La Cocosol recommande par conséquent de renoncer à arrêter une décision à proprement
44 parler, avec tous ses éléments formels et matériels, notamment un exposé des faits et une
45 appréciation juridique. Il faut également veiller à ne pas citer d'article de loi et à ne pas utili-
46 ser de termes juridiques. Tout ce qui peut rappeler aux demandeurs qu'une autorité décide
47 de leur sort, dans une langue administrative et peu compréhensible, est à éviter.

48
49 En lieu et place, les membres de la Cocosol proposent que les personnes reconnues comme
50 victimes au terme de la procédure ne reçoivent qu'une courte lettre ne contenant le terme de
51 « décision » que dans le titre. Le titre devrait aussi indiquer clairement que la demande a été
52 acceptée, c'est-à-dire contenir le terme « acceptée ».

1 L'information doit pour le reste leur être communiquée dans une lettre rédigée dans une
2 langue aussi simple et compréhensible que possible, et ne rien contenir d'autre que la re-
3 connaissance du tort et de l'injustice subis, la constatation que le demandeur est une victime
4 au sens de la LMCFA, le montant de la contribution de solidarité et les modalités de son ver-
5 sement. La lettre doit être accompagnée d'une annexe contenant les informations impor-
6 tantes sur le traitement des contributions de solidarité aux plans des impôts, des poursuites
7 et de l'aide sociale.

8
9 En ce qui concerne la **décision négative**, la Cocosol recommande également la concision.
10 Mais il est clair pour tout le monde que cette décision doit exposer les raisons pour les-
11 quelles la qualité de victime n'a pas pu être reconnue ou n'est pas considérée comme vrai-
12 semblable. Comme dans le cas de la décision positive, le titre doit indiquer qu'il s'agit d'une
13 décision et qu'il en va d'un refus.

14
15 Les voies de droit figurant à la fin du document peuvent y rester, mais il faut leur ajouter une
16 phrase signalant au lecteur qu'il peut obtenir des informations complémentaires auprès du
17 secrétariat de l'unité MCFA, du type : « si vous avez des questions sur les moyens de faire
18 opposition, n'hésitez pas à nous contacter ».

19
20 **Les projets** doivent être remaniés et présentés une nouvelle fois aux membres de la Coco-
21 sol lors de la prochaine séance.

22
23 Le projet d'**information préalable** ne suscite guère de remarques, tous les membres de la
24 Cocosol l'approuvent dans ses grandes lignes.

25
26 **Elsbeth Aeschlimann** s'assure une fois encore que les demandeurs sont contactés lorsque
27 leur demande est trop peu substantielle et manque d'informations, chose qui lui est confir-
28 mée.

29 **3. Site Internet de l'unité MCFA et de la Cocosol**

30 **Reto Brand** présente brièvement le site de l'unité MCFA, autorité compétente, et plus parti-
31 culièrement les pages de la commission consultative. Un résumé de trois à quatre lignes de
32 chaque séance de la commission doit y figurer.

33
34 **Lisa Hilafu** signale que les adresses des sites des adoptions forcées ne sont plus valables.
35 Elle communiquera aux organisations concernées qu'elles doivent contacter l'OFJ pour four-
36 nir les indications correctes.

37
38 Le site est bien accueilli par tous. Les subdivisions entre les différents sujets sont claires et
39 bien faites.

40
41 **Le président** note que l'unité a maintenant plus de capacités pour s'occuper du site. La
42 nouvelle collaboratrice francophone qui s'acquitte de cette tâche dispose d'une formation
43 spécifique dans le domaine de la communication.

44
45 Le président poursuit en disant que les procès-verbaux de la Cocosol doivent rester simples.
46 Il ne doit pas s'agir de comptes rendus de l'intégralité de la séance, mais de procès-verbaux
47 élargis des décisions. Autrement dit, ils ne doivent contenir que les décisions et les princi-
48 pales discussions menées à leur sujet, de manière à permettre de comprendre pourquoi la
49 Cocosol a pris telle ou telle décision. Pour ce qui est de la liste des demandes examinées,
50 aucun nom ou numéro de cas ne doit figurer dans le procès-verbal pour des raisons de pro-

1 tection des données. Il faut par ailleurs veiller à ce que l'identité d'un demandeur ne puisse
2 jamais être déduite des informations données.

3

4 Les procès-verbaux doivent pouvoir être mis intégralement sur le site de l'unité, sans qu'ils
5 doivent être caviardés ou remaniés pour la publication.

6 **4. Priorités fixées dans le traitement des demandes**

7 **Claudia Scheidegger** explique, à l'aide des documents qui ont été distribués, dans quel
8 ordre les demandes sont traitées. Elle indique notamment ce que signifie la priorité de l'âge.
9 Cette catégorie comprend toutes les personnes qui ont au moins 75 ans au moment où elles
10 déposent leur demande. A ce jour, elles sont presque au nombre de 900. Pour pouvoir con-
11 sidérer les demandeurs les plus âgés parmi elles, la coordination a dû procéder à une priori-
12 sation interne. Concrètement, cela signifie que les demandes des personnes nées jusqu'en
13 1930 ont été traitées en premier, suivies de celles des personnes nées entre 1931 et 1935,
14 puis entre 1936 et 1942. Il est très important que les demandeurs les plus âgés aient
15 l'absolue priorité. Par ailleurs, les demandes de personnes de tous âges dont il est prouvé
16 qu'elles sont gravement malades et dont la fin de vie est prévisible jouissent elles aussi de la
17 priorité absolue. Les plus jeunes demandeurs doivent donc se montrer patients, leur tour
18 viendra ensuite. Claudia Scheidegger signale aussi que l'unité reçoit régulièrement des de-
19 mandes de banques ou de bailleurs de fonds privés souhaitant obtenir la confirmation et la
20 date exacte du versement de la contribution de solidarité à un demandeur pour pouvoir lui
21 accorder un crédit. L'unité rejette systématiquement ces demandes et conseille aux per-
22 sonnes concernées de ne pas prendre de crédit pour avoir de l'argent plus rapidement.

23

24 **Le président** renvoie ici à la loi, qui prévoit quatre ans au maximum pour le traitement des
25 demandes. D'ici là, toutes les demandes auront été traitées et les derniers versements faits.

26

27 Il note que les demandes émanant de personnes qui ont déjà bénéficié en son temps de
28 l'aide immédiate ne réclament pas de plus ample examen concernant la vraisemblance de la
29 qualité de victime. Un examen simple et sommaire suffit alors. On peut supposer que la qua-
30 lité de victime existe, même si elle n'est pas immuable. Ça signifie que l'OFJ peut éventuel-
31 lement s'écarter de cette supposition s'il a des raisons de penser que la personne concernée
32 n'a pas la qualité de victime. Tel peut être le cas s'il s'avère qu'elle a fourni des renseigne-
33 ments erronés à l'époque ou lorsque de nouveaux documents apparaissent, qui montrent
34 que la décision prise reposait sur des informations et des hypothèses fausses.

35 **5. Concrétisation du terme de victime défini dans la loi**

36 **Le président** propose maintenant de discuter de la définition de la victime et des possibilités
37 de la délimiter. Les discussions illustrent bien qu'il est très difficile, voire impossible,
38 d'élaborer des lignes directrices à caractère universel. Elles aboutissent à la conclusion qu'il
39 faut partir de la notion de victime figurant dans la LMCFA puis aborder chaque cas indivi-
40 duellement, avec ses particularités.

41

42 **Laetitia Bernard** plaide pour le recours à des critères objectifs. A son avis, les raisons qui
43 ont motivé une mesure ne sont pas si importantes. Il faut plutôt se pencher sur la question
44 de savoir si la mesure a été exécutée correctement ou non.

45

46 **Le président** précise qu'il faut se baser pour l'essentiel sur la manière dont les victimes ont
47 vécu psychiquement les événements. Il est d'avis qu'il faut plutôt se montrer généreux en
48 cas de doute sur la qualité de victime.

1 **6. Décisions de principe sur les questions de procédure**

2 Dans les cas où l'OFJ se voit refuser toute indication, tout dossier, toute description ou tout
3 entretien (lors des contacts téléphoniques), il ne peut évaluer les demandes. Il renouvelle
4 alors ses tentatives pour inciter le demandeur à un minimum de coopération. Mais si ces
5 efforts restent sans succès, il faut réagir par la négative, c'est-à-dire ne pas entrer en matière
6 ou rejeter la demande.

7
8 **Le président** fournit l'exemple d'une personne concernée qui refuse catégoriquement
9 d'apposer sa signature sur un papier. Les participants discutent pour savoir si une demande
10 non signée peut être acceptée. Les membres de la Cocosol sont unanimes : une demande
11 sans signature n'est pas valable et il faut chercher des moyens de l'obtenir.

12 **7. Informations sur les projets d'entraide**

13 **Le président** communique qu'une seule demande de soutien a été déposée, avant d'être
14 retirée. Il existe un deuxième projet, dont le « business plan » a été ébauché, mais qui n'a
15 pas encore débouché sur une demande.

16
17 **Urs Allemann** a une question, qui découle de l'existence des centres spécialisés mis en
18 place pour les personnes traumatisées par la torture, les opérations de guerre ou d'autres
19 atteintes ou événements graves. Serait-il possible de créer un centre pour le traitement des
20 traumatismes de victimes de MCFA et de le soutenir en tant que projet d'entraide ? **Le pré-**
21 **sident** répond que c'est tout à fait imaginable. La condition légale est toutefois que le projet
22 vise l'entraide des personnes concernées.

23 **Reto Brand** renvoie à ce propos au site de l'unité MCFA, où les principales caractéristiques
24 des projets d'entraide sont expliquées et où les informations et documents les plus impor-
25 tants peuvent être téléchargés. L'unité est prête à recevoir des demandes d'aide. Elle con-
26 seille également les demandeurs potentiels qui auraient des questions sur la réalisation de
27 projets d'entraide.

28 **8. Divers**

29 Le président communique que les travaux de l'église catholique ont commencé et que les
30 personnes concernées y sont entendues.

31
32 La prochaine séance aura lieu le 22 août 2017, de 10 à 16 heures, dans la salle de séance
33 326 Est de l'OFJ. L'invitation suit.

34
35 Fin de la séance : vers 16h00